

Russland-Sanktionen kosteten die EU-Länder 30 Milliarden Euro

Seit dem Jahr 2014 brachen die EU-Exporte nach Russland um jährlich 15,7 Prozent ein. Bis zu 40 Prozent dieses Rückganges sind auf die Sanktionen zurückzuführen. Russland büßte seinen Platz als viertwichtigster Handelspartner außerhalb der EU ein und liegt im Extra-EU-Handel nun hinter den USA, der Schweiz, China und der Türkei auf dem fünften Rang.

Die Handelsbeziehungen der EU-Länder zu Russland haben durch den wirtschaftlichen Abschwung in Russland und die Sanktionen stark gelitten: In den Jahren 2014 bis 2016 sanken die Exporte nach Russland um jährlich 15,7 Prozent. Betrugen die Exporte der EU nach Russland im Jahr 2013 noch 120 Milliarden Euro, waren es 2016 nur noch 72 Milliarden Euro. Die wechselseitigen Sanktionen zwischen der EU und Russland haben daran einen beträchtlichen Anteil. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Europäischen Parlaments, in der versucht wurde, die durch Sanktionen verursachten Exportrückgänge von anderen Einflussfaktoren (z. B. Ölpreisverfall, Abwertung des Rubels) zu trennen. Auf Basis von Schätzungen des WIFO sind alleine durch die Sanktionen die EU-Exporte nach Russland zwischen 2014 und 2016 um 10,7 Prozent eingebrochen – rund 30 Milliarden Euro. Bis zu 40 Prozent des gesamten Exportrückganges sind somit auf die Sanktionen zurückzuführen.

Besonders stark betroffen sind laut diesen Berechnungen Zypern, wo die Exporte nach Russland aufgrund der Sanktionen in den Jahren 2014 bis 2016 um 34,5 Prozent einbrachen, Griechenland (–23,2 Prozent) und Kroatien (–21 Prozent). In Österreich sanken die Exporte nach Russland sanktionsbedingt um 9,5 Prozent, das entspricht rund einer Milliarde Euro. Zu den höchsten absoluten Rückgängen führten die Sanktionen in Deutschland mit einem Minus von 11,1 Milliarden Euro (–13,4 Prozent), somit trägt Deutschland mehr als ein Drittel des sanktionsbedingten Exportrückganges der EU. Polen und Großbritannien verzeichneten ein Minus von je rund 3 Milliarden Euro (Abbildung 1). Die Schätzungen der Studie weisen auch darauf hin, dass die Sanktionen die Unternehmen im Jahr 2014 am stärksten trafen. In den beiden Folgejahren gelang es – wenn auch nur in geringem Umfang – nach und nach, die Handelsströme in Drittländer umzulenken.

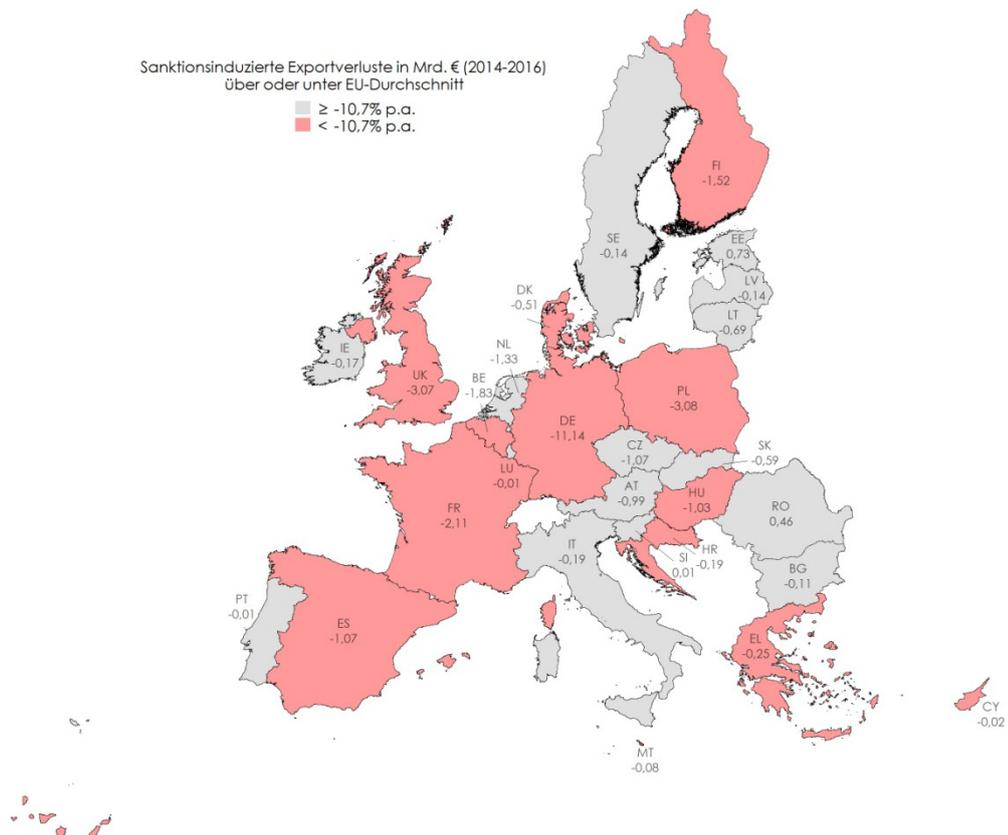
Beträchtlich waren die Einbrüche bei den von den russischen Gegensanktionen betroffenen Agrarprodukten und Nahrungsmitteln. Hier sank das Exportvolumen nach Russland zwischen 2013 und 2016 um 22,5 Prozent (insbesondere betroffen Milchprodukte und Früchte). Die Ex-

porte in der Warenherstellung (vor allem Fahrzeuge) sanken um 17,7 Prozent, die Rohstoffexporte (insbesondere Eisen und Stahl) um rund 15 Prozent.

In den Jahren zuvor waren die Handelsbeziehungen zunehmend enger geworden: Zwischen den Jahren 2009 bis 2012 stiegen die EU-Exporte nach Russland um jährlich durchschnittlich 23,5 Prozent. Im Jahr 2013 war Russland mit einem Exportanteil von 7,7 Prozent der viertgrößte Handelspartner der EU außerhalb der Union – hinter den USA, der Schweiz und China. Russland wiederum lieferte im selben Jahr 42,4 Prozent seiner Exporte an EU-Länder. Seit dem Schwächeln der russischen Wirtschaft und den Sanktionen hat sich das geändert: Im Jahr 2016 lag Russland im Ranking der wichtigsten Extra-EU-Handelspartner mit 4,6 Prozent nur noch auf dem 5. Platz – hinter der Türkei.

Abbildung 1: Sanktionsinduzierte Exportverluste über oder unter dem EU-Durchschnitt 2014/2016

Mrd. €



Q: WIFO-Berechnungen.

Wien, am 6. Oktober 2017

Rückfragen bitte an

Mag. Dr. Oliver Fritz, PhD, Tel. (1) 798 26 01/261, oliver.fritz@wifo.ac.at,

Mag. Elisabeth Christen, PhD, Tel. (1) 798 26 01/241, elisabeth.christen@wifo.ac.at

Allgemeine Rückfragen bitte an

Christoph Schwarz, Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Tel. (+43) 664/2256646,

christoph.schwarz@wifo.ac.at

Technische Anmerkungen

Die Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Europäischen Parlaments basiert auf monatlichen UN COMTRADE Daten. In diesem Presstext wurden im Vergleich zur Studie alle Werte von Dollar auf Euro umgerechnet.